

Volks-Zeitung

Der wahre Grund.

Das dynamische Interesse.

Jetzt erhält man endlich Gewißheit über die Beweggründe, die den Jaren zu seiner Reise nach Romontig veranlaßt haben. Die Frage der Loslösung Italiens vom Dreibunde hätte der persönlichen Intervention des Jaren nicht bedurft, da die russische, französische und englische Diplomatie dies Geschick besser zu belegen imstande sind als dies der Jare hätte tun können. Die Veranlassung zur Reise des Jaren entpant sich als ein dynamisches Interesse. Sie geschah zugunsten der griechischen Königsfamilie. Die Königin von Griechenland, eine geborene russische Großfürstin Olga Konstantinowna, ist eine Nichte des Jaren. Sie steht in ensten Beziehungen zur Jarenfamilie und ist erst vor kurzem nach einem längeren Aufenthalt in Russland nach Athen zurückgekehrt.

Die Reise des Jaren bewirkt nun, die europäischen Mächte zu einem Eingreifen zugunsten der griechischen Königsfamilie zu veranlassen (1), deren weitere Existenz in Griechenland infolge der bekannten Militärveränderung auf das äußerste gefährdet ist. Nachdem der griechische Militärverband die Entfernung der griechischen Finzen aus der Armee durchgeführt hatte, ist sein Hauptbestreben jetzt darauf gerichtet, den König von Griechenland zur Abdankung zu veranlassen und seine ganze Familie aus dem Lande zu entfernen. Dieser Maßnahme soll jetzt auf persönlichen Befehl des Jaren ein Damm entgegengeföhrt werden. Wie aus dem Bericht wird, haben die vier freistehenden Schutzmächte an die Offiziersliga in Athen die Mitteilung gelangen lassen, daß sie bei einem gewaltigen Luftangriff in Griechenland einzugreifen müßten und eine gegen die Dynastie gerichtete Aktion nicht dulden würden.

Diese Meldung findet eine indirekte Bestätigung durch ein Konstantinopeler Telegramm. Dieses besagt, die Türkei habe angeblich in Athen inoffiziell mitteilen lassen, daß sie ebenfalls wie andere Mächte bereit sei, die Interessen der kaiserlichen Familie zu schützen, natürlich unter Wahrung der türkischen Interessen.

Man darf daraus geschlossen sein, welches Ergebnis das Vorgehen der freistehenden Schutzmächte zugunsten der griechischen Königsfamilie haben wird. Werden die Mächte, wenn die griechische Offiziersliga die ihr zugewandene Warnung unberücksichtigt lassen sollte, es zu einem bemessenen Einschreiten in Athen kommen lassen? Wie möglich ein derartiges Vorgehen ist, hat die bekannte Kampagne gezeigt, die im Jahre 1902 von Oesterreich und Preußen zum Schutze des durch die spanische Revolution gefährdeten französischen Königshauses unternommen worden, und deren Abhingen direkt die Einrichtung des Königstums XVII. und der Königin Marie Antoinette herbeigeföhrt hat.

Wie aus Marignan berichtet wird, ist der Zar Nikolaus dem Gesuche auf seiner Rückreise nach Romontig besten nachdrücklich um Hilfe eingetroffen. Nachdem er die Stügen der Behörden, Deputationen der Stadt und der Landbevölkerung sowie Vertreter der Universität und anderer Hochschulen empfangen hatte, setzte er seine Reise fort.

Vom Mansfelder „Kriegschauplatz“.

Bolksort und Belagerungszustand.

Aus Halle, 27. Oktober, wird gemeldet: Im Laufe der letzten Jaren haben überall Verarmungen und Streiks stattgefunden, in denen die Referenten Bericht über die augenblickliche Situation gaben und wiederum von Umschichtungen warnten. Nach den in den Verhandlungen gemachten Mitteilungen beträgt die Zahl der Streikenden 10,850 Mann. Dem Kommandierenden General des 4. Armeekorps, General v. Wenzelburg und Hindenburg, der hier aus Mangel an überzeugen und des Militärs zu insizieren, hat eine Fahrt durch das ganze Streikgebiet gemacht und ist überall, wo Militär liegt, abgefahren. Die Streikleitung hatte ursprünglich die Absicht, ihren Hauptstich in Hettstedt aufzuschlagen. Der Wegler des Stotter „Kaiserschiff“ hatte zunächst seine Räume zur Verfügung gestellt; schließlich meinte er sich jedoch, da der Mansfelder Bergbauarbeiterverein, der in dem Stotter seine Lagerung aufbewahrt, mit Wohlstand für den Fall drohte, daß der Stotter Streikleitung sein Lokal verläge.

Aus Halle wird berichtet: Zur Verstärkung des schon vorhandenen Militärs sind hier heute noch drei Interkompagnen und vier Kompanien eingetroffen, desgleichen eine Anzahl von Gardamännern. Der Marsch von 7 bis 9 Uhr und des Nachmittags von 3 bis 5 Uhr werden die Straßen der Stadt, die die Arbeitstillen vollstän dig missen, durch Infanterie und Gardamänner besetzt. Auf der Straße der Gasse von der Stadt bis zu den Schützenpatrouillen anderer bewachte Gardamänner und die Gatterhäuser dieser Zeit ist in den Straßen leben lassen und auch nur einen Moment stehen dürfen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, mit Gewalt entfernt zu werden. Abgesehen davon, daß persönlich wurde heute, als in dem Haus des Wenzel, in dem sich die Streikleitung befindet, um mir den Zug der Arbeitstillen anzusehen, von einem Infanteristen zum ersten und zweiten Male aufgefordert, mich aus der Gasse zu entfernen. Obgleich ich mit beiden Füßen im Hause stand, so ist es von einer Wechaltung zu entgehen, meinen Platz zu verlassen. Wer nach diesem Kommt und nicht weiß, was hier los ist, muß glauben, daß die Soldaten erholen, wie ich höre, volle Kriegsbereitschaft. Ihre Bekleidung erhalten sie aus einem Werkzeuge zum Preise von 2 Mark 20 bis 25 Kopf und Leg. Die Maschinenabwehr-

abteilung, die bisher vor der Kupferhammerhütte aufgestellt war, ist von dort entfernt worden. Man weiß nicht, wo sie jetzt „eine Veranbarung“ finden soll.

Einer Meldung aus Giesebau zufolge hat sich der Arbeiterausschuß gestern wiederum auf einer Eingabe an die Oberberg- und Hüttenverwaltung geübt, in der er darum bittet, Ort und Zeit für erneute Verhandlungen anzugeben. Bis gegen Abend war noch keine Antwort auf das Schreiben eingegangen. In dem beschriebenen Streik ist der Hüttenverwalter gemeldet, daß die Hüttenarbeiter auf der Höhe und Krughütte bereits seit mehreren Tagen bereit sind, in den Streik zu treten. Die Niederlegung der Arbeit kann jeden Tag erfolgen. Bis her hat die Streikleitung aber den Zeitpunkt für einen Streik der Hüttenarbeiter noch nicht festgemacht. Interessant ist, daß sämtliche Zeitungen des Streikgebietes es ablehnen, Inzertate oder sonstige Mitteilungen des Streikleiters anzunehmen. Diese Tatsache ist auf ein Verbot des Landrates des Mansfelder Gebirgsbezirks zurückzuführen. Auf eine Beschwerde beim Oberpräsidenten erklärte der Landrat, dieses Verbot sei von ihm nicht in seiner Eigenschaft als Landrat, sondern als Privatmann (!!) erlassen worden.

Dem Beispiel gefolgt, die Polizeistunde auf 10 Uhr festzusetzen, sind alle Ortschaften in denen sich Streikreviere befinden, gefolgt. In Giesebau sind an den Aufschlagsstellen und Mauern Anschläge der Polizei zu sehen, in denen auf die Folgen der Nichtbefolgung der Anordnungen der Polizei und Gendarmen aufmerksam gemacht wird. Die bisherige Stimmung der Streikenden hat sich nicht geändert. Man ist nicht mit dem letzten Direktor, so durchzuführen, und wenn nicht mit dem letzten Direktor, so doch mit seinem Nachfolger zu einem für die Streikenden günstigen Ende zu bringen.

Interessant ist das Auftreten des Landrats als „Privatmann“. Wo in aller Welt hat ein Privatmann Zeitungen die Rechte zu erteilen? Mit welchem Recht greift der Landrat in die Angelegenheiten der gewerblichen Betriebe von Staatsbahnen und Steuerverwaltungen ein? Aber warum erfüllen eigentlich die Zeitungen so bereitwillig die inverbindlichen Willen eines Privatmannes??

„Nationale“ Streikunruhe.

Der Landesauschuß des Liberalen Landesverbandes für das Königreich Sachsen (Freiwillige Vereinigung) war am Sonntag in Dresden zusammengetreten, um in den Landtagsfraktionen Stellung zu nehmen. Er empfahl, jeden Liberalen in der Stichwahl zu unterstützen, überläßt im übrigen aber die Entscheidung den lokalen Organisationen. Eine ähnliche Haltung hat, wie bekannt, die Freiwirtschaftliche Volkspartei Sachsens eingenommen. Der Führer dieser Partei, Abgeordneter Günther, sendet nun aber dem „Beiz. Tagebl.“ folgende Zuschrift:

Im Hinblick auf die vor einigen Jahren gefassten Beschlüsse des Landesvereins der Freiwirtschaftler, daß vor der Hauptwahl bei Reichs- und Landtagswahlen Abmachungen über Stichwahlen zu unterlassen seien und die Wahlfreizeit zu den Stichwahlen zu entscheiden haben, empfiehlt der Landesverein der Freiwirtschaftler, obgleich die Freiwirtschaftler vorzuziehen zu wollen, in der Stichwahl für die nationalen Kandidaten einzutreten.

Es fehlt zur Charakteristik des Freiwirtschafts noch dieses Charakters, in dem Schlagwort „national“ im reaktionären chauvinistischen Sinne!

Ein Defizit in Hamburg. Die allgemeine Finanzkrise, über die in ganz Deutschland getagt wird, hat sich auch in Hamburg nicht unbemerkt gelassen. Wie von dort berichtet wird, ist der Haushaltsplan des hiesigen städtischen Staatsbudgets für 1910 vom Senat an die Bürgermeisterei gelangt. Er führt mit einer Ausgabe von rund 150 1/2 Millionen, einer Einnahme von rund 142 1/2 Millionen und dementsprechend mit einem Defizit von rund 7 1/2 Millionen ab. Der Senat schlägt für 1910 einen Steuerertrag von 7 1/2 Millionen gegen 7 Millionen in den Vorjahren vor.

Der frühere Reichstag und Landtagsabgeordnete Schornsteinfegermeister Carl Wegner ist gestern im Alter von 63 Jahren in Neuhärad (Oberschlesien) gestorben.

Eine rapide Erhöhung erfahren die Aktien, die für die modernen Schiffslokomotoren ausgeben werden. Wie der „Pacifier“ mitteilt, sollen nach dem Ergebnis der gegen das frühere französische Panzerschiff „Jena“ veranlaßten Schätzversuche französische Beobachter eine Anzahl gleichmäßiger Wiederhand leitende Besprechung, einen Panzerschiff für alle großartigen Geschiffe, große Munitionswärter und einen Gehalt von 22 bis 23 Millionen finden müssen. Der Preis für ein solches Panzerschiff würde mindestens 65 Millionen Francs betragen, während für die gegenwärtig über Vollendung eingegangenen Panzer nur 48 Millionen Francs vorgezogen sind.

Der Sultan auf der anatolischen Bahn.

Der türkische Sultan, der, wie wir berichtet, gestern seine erste Fahrt auf der anatolischen Bahn bis Izmid gemacht hat, empfing in Izmid die Stügen der Behörden und hielt dann eine Rede, in der er für die Empfang dankte und die Staatsverträge betonte, daß alle Affären des Reiches dem Sultan teilschaftlich wären. Der Großvezir hielt bei dem Empfang die Abordnung eine Rede, in der er verkündete, die Regierung werde für die Wohlfahrt der Bevölkerung auf und auch müsse für die Freie der öffentlichen Wohlfahrt auf und auch abhelfen an die geistlichen Oberbehörden, sie sollten an der Entwicklung der Ideen der Freiheit, des Patriotismus und der Einigkeit der Völker mitwirken.

Die Verwirklichung des Großwesens, daß das neue Regime in der Türkei die Pflege der Wohlfahrt des Landes auf neue

große Anleihen begründen will, entbehrt nicht des förmlichen Beigehschmacks.

Petersburg, 27. Oktober. In der Reichsduma wurde die Arbeitergruppe eine Interpellation an den Minister der Inneren ein darüber, daß in den Bibliotheken der Reichsduma und des Reichsdats in gefehlbrieger Weise einige ausländische Zeitungen aufbewahrt werden. Der Antrag wurde einer Kommission übergeben, nachdem die Dringlichkeit abgelehnt worden war.

Konstantinopel, 27. Oktober. Generaloberst v. d. Goltz-Pascha ist heute abend nach Adrianopel abgereist, um dem Mandarlen des zweiten Korps am 1. November beizugehen.

Der Disziplinarprozess Jollitsch.

Potsdam, 28. Oktober.

Vor der kaiserlichen Disziplinar-Kammer für Reichsduma zu Potsdam gelangt heute der weit über die Kreise der Reichsduma hinaus mit Spannung erwartete Prozess gegen den Oberpostassistenten Julius Jollitsch zur Verhandlung.

Der Vorfall führt Landgerichtspräsident v. Ehrenberg als öffentlicher Aufseher tritt Postamt 24 b d (Berlin) auf die Verteidigung ruht in den Händen des Justizrats Dr. Selig (Berlin).

Das Organ des Verbandes „Die Deutsche Postzeitung“ hat zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahres eine Reihe von Artikeln gebracht, die sich mit der Lage der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, mit dem in Reichslage vorgelegten Entwurf eines Beamtenbefolgungsstatutes, mit der Vorbereitung der Beamten, dem Mangel an Beamten, einem Zeitplan bei einem Beamtenmangel beschäftigt. In allen diesen Artikeln wird an der Verbesserung Kritik geübt; der Gehalt der Beamtenbefolgungsstatutes wird „das äußerste Schicksal“ genannt, „das je zur Kenntnis der mittleren Post- und Telegraphenbeamten gekommen ist“. Die Postbehörde wird vorgeworfen, „sie ziehe durch einer Schicksal unwürdige Vordrucke Bewerber heran, was viel besser durch entsprechende Gehaltsaufbesserungen gesehe“. In einem Artikel wird die Disziplin der Beamten gelegentlich einer Verurteilung gerühmt und hingegen für die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich bei der Erfüllung der unüberwindlichen Pflicht, noch läßt sie sich nicht durch geschlossenen Mumm hinsetzen und durch den Austritt ihrer Empfindungen in die Mitleide treiben — noch nicht“. In diesen und anderen Stellen erblickt die Anklage „böswillige“ Angriffe und „Verunglimpfungen“ gegen die Behörde, die zur „Behebung“ der Beamten und zur geschuldigten wird zur Vast gelangt, daß er die Kritik vor ihrer Veröffentlichung gekannt und ihre Veröffentlichung nicht verhindert hat. Als Verbandsvorsitzenden lag ihm die Kontrolle des Verbandsorganes ob, und er hätte um so gewissenhafter bei dieser Kontrolle sein müssen, als er schon einmal, am 31. Januar 1907, wegen Aufnahme zweier „ungehöriger“ Artikel in die Verbandszeitung mit der höchsten im Verwaltungsbereich zulässigen Ordnungsstrafe in Höhe eines Monatsgehalts bestraft sei.

Auch in einer Korrespondenz, die von dem Verbands herausgegeben und an die Tageszeitungen vertriebt wurde, erblickt die Anklage „ungehörige“ Angriffe auf die Postbehörde, insbesondere in der Bemerkung, daß die Postverwaltung „immerfort in der Presse erscheinen lasse, die für die mittlere Postlaufbahn Stimmung zu machen suchen. Daran war eine Warnung vor der mittleren Postlaufbahn gefolgt und dann gesagt: „Wir können jedenfalls nur raten, daß auf die Zeitungshinweise der Post nicht zu verlassen sondern sich an der zuständigen Stelle, das heißt bei der Postbeamtenliste selber, Rat zu holen“.

Für die Korrespondenz macht die Anklage den Verbandsvorsitzenden Jollitsch ebenfalls verantwortlich; falls er die Korrespondenz vor ihrer Veröffentlichung nicht zu Gesicht bekommen habe, so hätte er mindestens schriftlich gehandelt, da er die Tendenz des Redaktionsleiters kennen und wissen mußte, daß solche Artikel nicht mit dem Beamtenpflichtigen in Einklang zu bringen sind. Außerdem der „Hilfsmäßigen Behebung“ weiter Beamtenkreise in der seiner Aufsicht unterstehenden Presse völlig unempfindlich auf, zeige der Angeklagte, daß ihm die Eigenschaften der „Treu und des Gehorsams“ völlig fehlen, ohne die ein Beamtenverhältnis nicht denkbar ist. Deshalb ist die Anklage auf Dienstfalsch gerichtet.

Als Zeugnis ist ferner des Angeklagten der Generalsekretär Substanz erschienen.

Bei der Vernehmung des Angeklagten macht der Vorstehende darauf aufmerksam, daß der Beamtenrat, den der Angeklagte im Jahre 1888 geleitet hat, den Gehalt erhöht, daß er gelebt, dem König untertänig, treu und gehoramt zu sein.

Bezüglich der erwähnten Vorstrafe des Angeklagten erklärt dieser, in dem Artikel der „Postzeitung“, die ihm im Jahre 1907 von der Postverwaltung zum Schmutz gemacht wurden, sei allerdings Reichstag gemacht worden, und ebenso sei die Postbehörde angegriffen worden für den Fall, daß sie den untern Postbeamten den Liebergang in die mittlere Postbeamtenliste öffnen würde. Das würde der mittleren Beamtenpflicht einen Schlag ins Gesicht versetzen. Um als Verbandsvorsitzenden habe die Postbehörde für die Aufnahme dieser Artikel verantwortlich gemacht, er selbst habe jedoch damals die Verantwortung abgelehnt, weil weder die Verbandsstatuten dem Vorstehenden eine Jante über das Behaupten gebühren, noch auch weil er neben seinen Amtspflichten eine solche Jante ausüben konnte. Vorgeben steht nicht im Einklang gegen die von der Postverwaltung über ihn verhängte Strafe habe er allerdings nicht ergriffen.

Somit begründet der Vertreter der Anklage Postamt Schöde-Werlin die Anklage, indem er betont, hinsichtlich der Angeklagten Jollitsch als Verbandsvorsitzenden unbedingt die Pflicht gehabt hätte, die „Hilfsmäßige Behebung“ der Beamten in dem Beamtenorganpflicht. Da der Angeklagte dieser Pflicht nicht nachgekommen sei, teilten ihm eben jene Eigenschaften der „Treu und des Gehorsams“ ab. Gegen den obersten Landesbeamten, sondern auch gegen die Beamten, die die Beamten des Landes ausüben (1). Der Angeklagte Jollitsch erklärt sich für nicht schuldig. Darum wird in die Vernehmungsaufnahme eingetragen. Unter dem dem Angeklagten zum Vorwurf gemachten Artikel befindet sich auch ein Artikel vom 12. Dezember 1908, über die „Ziel oder Spiel“, in dem ausgeführt wird, daß das Ziel der von den Beamten geforderten Befolgungsaufbesserungen nur auf dem Wege der „Kontinuation“ und zwar zur Kontrollierung der Beamtenverbände zu erreichen sei. Diese Verbindung anderer Beamtenverbände heiße nicht etwa Frieden schließen, um Rechte



**Durch Kriminalliberalität.** Gegen Widerer hat der hiesige Kriminalliberalität...  
Der Kriminalliberalität...  
Der Kriminalliberalität...

**Der Justizhüter in Frauenfeldern.** Seit längerer Zeit wurde der...  
Der Justizhüter...  
Der Justizhüter...

**Ein Zusammenstoß am Bahnhofs.** Heute früh 6 Uhr...  
Ein Zusammenstoß...  
Ein Zusammenstoß...

**Der „Lehmpakt“ vor Gericht.** (Telegraphischer Bericht.) Zweiter Tag.  
Der „Lehmpakt“...  
Der „Lehmpakt“...

**Ueberschwemmungen in England.** London, 27. Oktober.  
Ueberschwemmungen...  
Ueberschwemmungen...

**Der fromme Frid.** In der Kunst der Berliner Verleger...  
Der fromme Frid...  
Der fromme Frid...

**Bis zum Irrsinn geprügelt!!**  
Aus Hannover wird uns geschrieben: Der sensationelle militärische...  
Bis zum Irrsinn...  
Bis zum Irrsinn...

**Im Ballon über die Nordsee.** London, 27. Oktober.  
Im Ballon über...  
Im Ballon über...

**Zur Arbeiterbewegung.** In der mecklenburgischen Arbeiterbewegung...  
Zur Arbeiterbewegung...  
Zur Arbeiterbewegung...

**Kleine Chronik.** Die Münchener Sprengstoffaffäre...  
Kleine Chronik...  
Kleine Chronik...

**Handelstiel.** Von der Börse. Bei grossen Umsätzen hatte die gestrige...  
Handelstiel...  
Handelstiel...

**Witterungsbeobachtungen in Berlin, 23. Oktober 1909.**  
Witterungsbeobachtungen...  
Witterungsbeobachtungen...

**Kurse gegen 3 Uhr.** Nordl. Lloyd...  
Kurse gegen 3 Uhr...  
Kurse gegen 3 Uhr...

**Marktkreise von Berlin am 27. Okt. 1909.** nach Ermittlungen...  
Marktkreise von Berlin...  
Marktkreise von Berlin...

**Bremen, 28. Okt. Baumwolle ruhig, 72.50.**  
Bremen, 28. Okt. Baumwolle...  
Bremen, 28. Okt. Baumwolle...

**Witterungsbeobachtungen in Berlin, 23. Oktober 1909.**  
Witterungsbeobachtungen...  
Witterungsbeobachtungen...

**Witterungsbeobachtungen in Berlin, 23. Oktober 1909.**  
Witterungsbeobachtungen...  
Witterungsbeobachtungen...

**Berliner Produktbörse.** Der Getreidemarkt hatte auch heute...  
Berliner Produktbörse...  
Berliner Produktbörse...

**Witterungsbeobachtungen in Berlin, 23. Oktober 1909.**  
Witterungsbeobachtungen...  
Witterungsbeobachtungen...

